

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Monat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Bräuhäuserstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50 % Nachlaß, die 3 gespaltene Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 47

Montag, den 25. Februar 1924.

8. Jahrgang

Die Krisis der Landwirtschaft.

Berlin, 23. Februar. Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: Die bereits seit längerer Zeit befürchtete schwere Krisis der Landwirtschaft ist vorhanden. Die hauptsächlich durch die Opferwilligkeit der Landwirtschaft herbeigeführte Festigung der Währung hat klargemacht, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren nur eine Scheinblüte erlebt hat, die vielfach sogar mit einem Substanzverlust verbunden war. Neben dem Steuerdruck lastet auf der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Kreditnot von seit einem Jahrhundert nicht dagewesener Schärfe.

Die rechtzeitige Bereitstellung von Krediten unter tragbaren Bedingungen ist seitens der Reichsregierung versäumt worden. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als die Landwirtschaft im Vergleich zu den anderen Produktionszweigen einen hervorragenden Anteil an der Rentenbank-Deckung trägt. Unter der Wirkung des Steuerdrucks und der Kreditnot ist die Landwirtschaft genötigt, ihre Erzeugnisse schneller auf den Markt zu werfen, als dies mit einer wirtschaftlich vernünftigen Verteilung über das Erntejahr vereinbar ist.

Schon dieser Umstand hat einen Tiefstand der Preise herbeigeführt, der etwa 25—30 Prozent unter den Friedenspreisen und auch wesentlich unter der Auslandspreise liegt. Zugleich stehen aber die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel weit über dem Friedenspreis. Grinste Vorboten einer Extensivierung sind die Abbestellungen und Nichtabnahmen der Düngemittel. Ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, eine Auslieferung des Inlandsmarktes an das Ausland, die durch verstärkte Einfuhren hervorgerufenen Rückwirkungen auf die deutsche Währung sind unvermeidlich. Die Agrarkrisis ist daher eigenste Angelegenheit des gesamten Volkes.

In der Annahme, daß der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt sind, fragen wir die Reichsregierung, ob sie bereit ist, Maßnahmen zu treffen, die 1. eine Herabminderung der auf der Landwirtschaft ruhenden Steuerlasten, 2. eine tragbare Grenze herbeiführen, 3. zur Behebung der Kreditnot und zur Erleichterung der Kreditnahme für die landwirtschaftliche Produktion beitragen; 3. ein angemessenes Verhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen in der Landwirtschaft unter Ausschluß jeden Zwanges herstellen; 4. den Schutz der nationalen Arbeit und Produktion, insbesondere den Schutz der inländischen Lebensmittel-erzeugung und die Sicherstellung der Volksernährung ermöglichen.

Berlin, 23. Februar. Der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, hatte gestern Gelegenheit, im Gesamtausschuß der deutschen Landwirtschaft seine Auffassung über Währung und Landwirtschaft darzulegen. Er berührte hierbei die Frage des landwirtschaftlichen Kredits und die Stellung der Reichsbank zu diesem Problem.

Der Präsident erkannte ausdrücklich an, daß das altverwahrte deutsche genossenschaftliche Kreditwesen in seinem lokalen und zentralen Aufbau „genossenschaftliche Verbandsklassen, Raiffeisenbank, Preussische Zentralgenossenschaftskasse usw.“ auch in der Gegenwart zu pflegen und beizubehalten sei, da es den Bedürfnissen und dem Wesen des landwirtschaftlichen Kredits in zweckmäßiger Weise Rechnung zu tragen in der Lage sei.

Auch für die Zukunft müsse das Streben dahin gehen, wie früher, mit Hilfe dieser genossenschaftlichen Systeme die bereiten Kapitalien innerhalb der Landwirtschaft heranzuziehen und auf der anderen Seite kreditbedürftigen Stellen der Landwirtschaft wieder zuzuführen. Angesichts der durch die Währungsentwertung eingetretenen Kapitalverluste und Kreditnöte komme diesen Bestrebungen eine ganz besondere Bedeutung zu. Der Reichsbankpräsident betonte ferner, daß einer übermäßigen Verteuerung des Reichsbankkredits durch Zwischeninstanzen mit allen Mitteln entgegengetrebt werden müsse und erwähnte die in dieser Richtung bereits getroffenen zweckmäßigen Maßnahmen. Durch diese Ausführungen ist der lebhafte wiederholte verbreiteten Nachrichten über eine anderweitige Auffassung der Reichsbank der Boden entzogen.

Forderungen der landwirtschaftlichen Organisationen.

Der Beirat der Betriebs- und Steuerstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates beschäftigte sich in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung eingehend mit den aktuellen Steuerfragen. Es kam dabei zu einer Entschiedenheit, in der betont wird: Die gegenwärtige Besteuerung der Landwirtschaft ist:

1. untragbar, weil sie in ihrer Gesamtheit den gegenwärtigen Betriebs- und Ertragsverhältnissen nicht gerecht wird und deren Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigt,

2. produktionschädlich, weil sie den Landwirt zu unwirtschaftlichen Betriebsbeschränkungen, zur Verringerung und Verschleuderung des Inventars und damit zur Verminderung seiner Produktion nötigt,

3. unsachgemäß, weil sie weder den natürlichen Betriebsbedingungen, noch den betriebswissenschaftlichen Anforderungen an die Berechnung des Ertrages und Wertes entspricht,

4. ungerecht, weil sie eine Ueberlastung des Landwirtschaftsbetriebes im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen darstellt.

Dementsprechend wird von allen landwirtschaftlichen Berufsorganisationen verlangt:

Die Revision der Besteuerungsweise und -höhe unter Berücksichtigung der natürlichen Betriebsbedingungen, der betriebswissenschaftlichen Normen und vor allem der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Eine sachgemäße Steuerreform und Veranlagung kann nur unter Mitwirkung von sachverständigen Vertretern landwirtschaftlicher Berufsorganisationen erfolgen. Die Schaffung einer einfachen und einheitlichen Steuererhebung und die Verteilung und Begrenzung der Abgaben auf Reich, Länder und Kommunen. Eine gerecht abgewogene und durchgeführte Heranziehung von Landwirtschaft, Industrie, Handel und freien Berufen zu den Steuern des Reiches, der Länder und der Kommunen. Die Befreiung der Landwirtschaft von allen Eingriffen in den Besitz und Betrieb und der Schutz der Landwirtschaft in gleicher Weise wie der Industrie vor produktionsvernichtender, die einheimische Volkswirtschaft schwächender Konkurrenz des Auslandes.

Berschleppung der Reichstagswahlen?

Stresemann streitet seine Teilnahme am Versuch ab.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte einen Artikel „Ein Komplott gegen das Volk. Dr. Stresemann für Verschleppung der Reichstagswahlen bis Dezember 24“. In dem Artikel wurde ausgeführt, Stresemann habe wegen der Weidenburger Wahl Niederlage der Deutschen Volkspartei Vorwürfe aus seiner Partei erhalten. Der Niedergang der Partei sei eine Folge der Stresemannschen Koalitionspolitik. Die Landwirte der Deutschen Volkspartei seien bereits von Stresemann abgerückt. Dieser wolle nun umgekehrt die Partei durch eine Befestigung der Koalition retten. Er habe bereits im Reichskabinett und mit den Führern der Koalition gesprochen, die Sozialdemokraten, Demokraten und die Deutsche Volkspartei seien begeistert davon gewesen. Er glaube fest daran, bis zum Dezember außenpolitische Erfolge zu erzielen, die nicht nur für seine Partei, sondern auch für die geschätzte Demokratie und die befreundete Sozialdemokratie nutzbar gemacht werden können.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, ist demgegenüber „von zuständiger Stelle“ zur der Erklärung ermächtigt, daß an der ganzen Meldung der „Kreuzzeitung“ „kein wahres Wort“ sei. Das gehe schon daraus hervor, daß die Sozialdemokraten gerade in Verbindung mit der Deutschen Volkspartei gebracht werden, obwohl die B. S. D. gar nicht zu den in der bürgerlichen Reichsregierung vertretenen Parteien gehöre.

Gerade die Zitterung einer solchen, gänzlich fadenheimgleichen Begründung läßt allerdings nach wie vor sehr starke Zweifel daran bestehen, daß sich die „Kreuzzeitung“ geirrt haben könnte. Daran ändert auch nichts das hysterische Demotri der jüdischen „V. 3. am Mittag“.

Dagegen behauptete der „Volk-Anz.“ gestern trotz der Demotri: Die Bestrebung als solche wird im Parlament nach wie vor nicht als Gerücht angesehen. Die Fraktionen haben sich noch nicht damit beschäftigt, sondern es sind einzelne Abgeordnetenkreise, die sich aus verschiedenen Fraktionen, besonders von der linken Seite her, zusammensetzen, in denen man die Träger dieses Wunsches zu finden hat. Von rechts her wird diese Bestrebung auf das schärfste abgelehnt, und zwar nicht nur von den deutschnationalen, sondern auch von sehr zahlreichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Die deutschnationalen treten entschieden dafür ein, daß als Wahltag für den neuen Reichstag in erster Linie der 11. Mai ins Auge gefaßt werden müsse. Für diesen Tag sprechen eine Reihe wichtiger Gründe.

Es wird im übrigen sehr stark bezweifelt, daß die Anhänger des Gedankens einer Verschiebung der Wahlen eine ausreichende Majorität erhalten könnten. In rechtsstehenden Kreisen weist man vor allem darauf hin, daß schon diese Idee als solche einen Unwillen im Volk auslösen würde, an dem jede derartige Bestrebung scheitern müßte.

Internationalisierung der Reichsbahn geplant.

Zwangstarife. — Sodmittel für Auslandsguthaben.

Paris, 23. Februar. Interessante Einzelheiten über den Plan der Sachverständigen bezüglich der Aufnahme einer internationalen Anleihe an Hand des deutschen Eisenbahnnetzes gibt der „New York Herald“ in seiner Pariser Ausgabe. Die beiden Eisenbahn-Sachverständigen schlagen, so schreibt das Blatt, in ihrem Bericht die Aufnahme einer internationalen Anleihe in Höhe von 2 Milliarden Goldmark innerhalb sechs Monaten vor. An den gegenwärtigen Eisenbahnen in Deutschland seien jedoch eine Reihe Abänderungen vorzunehmen:

1. Es müssen sämtliche deutschen Eisenbahnen, auch die im besetzten Gebiet, von neuem der deutschen Verwaltung unterstellt werden.

2. Durch Schaffung einer neuen Gesellschaft, an der die Verbündeten und ein Teil der Neutralen beteiligt sind, muß darauf geachtet werden, daß die Eisenbahnen streng wirtschaftlich verwaltet werden. Frankreich und seine Verbündeten würden eine Art Oberaufsicht über die Eisenbahnen im besetzten Gebiet ausüben. Nach Ansicht der Eisenbahn-Sachverständigen kann sowohl die eine wie die andere der beiden letztgenannten Lösungen zu einem Ergebnis führen.

Die internationale Anleihe wird in einer Reihe von Abschnitten erfolgen, die es den Verbündeten ermöglichen, die letzten beiden Jahre des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums zu übersehen. Die Anleihe wird mit 7 Prozent fest verzinst. Durch diese günstigen Bedingungen hofft man die deutschen Auslandsguthaben zur Rückkehr nach Deutschland bewegen zu können.

3. Die Sachverständigen regen in dem Wunsche, den deutschen Eisenbahnen zu einer zwangsweisen Einnahme von 1,5 Milliarden Goldmark zu verhelfen, eine beträchtliche Steigerung der Tarife an, die zum mindesten den in Frankreich, Belgien und England gültigen Sätzen angepaßt werden müssen.

4. Das Eisenbahnpersonal müsse wesentlich herabgesetzt werden. Die Sachverständigen hätten im Verlaufe ihrer Untersuchung festgestellt, daß an zahlreichen Stellen dreimal mehr Angestellte waren, als unbedingt nötig war.

5. Die Sachverständigen machen der Berliner Regierung den unünftigen Bau von Lokomotiven und Güterwagen zum Vorwurf. Deutschland habe sich, so behaupteten sie, nach Auslieferung der Reparationszahlungen mit einem überflüssigen Borräte an rollendem Material eingedeckt.

Zu der Frage der Goldnotenbank erklärte der „New York Herald“, daß diese Bank nach Ansicht des Herrn Schacht, die von den Sachverständigen geteilt werde, 2400 Millionen Goldmark für eine neue Währung herausgeben könne. Später komme nach Herstellung des allgemeinen Vertrauens, ein weiterer Betrag von 1 Milliarde Goldmark in Frage. Das ursprüngliche Kapital werde sich zunächst auf 400 Millionen Goldmark beschränken. Der Reservebestand werde sich auf 1200 Millionen Goldmark belaufen.

Der unveränderte Optimist.

Dresden, 23. Februar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt gestern auf einem Festabend, den die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei aus Anlaß der 50jährigen Gründungsfeier des Nationalliberalen Reichsvereins in Dresden gab, eine Rede. Er hob hervor, daß im Vordergrund der Innenpolitik der Kampf des Reiches um seine Einheit stehe. Ruhr, Rhein und Pfalz wolle man vom Reiche trennen und auch die hannoversche Frage sei wieder aufgetaucht. Die Torheit nach der Revolution habe darin bestanden, daß man alles gleich machen wollte. Es wurden große Worte gebraucht, hinter denen keine Macht stand.

Die Nationalliberale Partei sei es gerade gewesen, die in der alten Zeit kritisiert habe, was schlecht war, und sie habe auch nicht Halt gemacht vor der Person des Kaisers. Ein großes Gut der Partei sei ihr Verhältnis und ihre Liebe zur alten Armee, zur alten Flotte und zu den Kolonien, an denen wir ein Recht vor Gott und den Menschen hätten. Man habe uns die allgemeine Wehrpflicht genommen, weil man darin die große Erziehung erkannt habe, die uns geraubt werden mußte. Niemand habe es einen demokratischeren Gedanken gegeben, als die allgemeine Wehrpflicht.

Der Minister sprach über die Verhängung des Ausnahmezustandes unter seinem Kabinett. Die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ hätten den Plan einer neuen Weltrevolution von Sachsen aus klar bewiesen. Ebenso sicher sei, daß Deutschland von den fremden Mächten von drei Seiten bedroht gewesen wäre, wenn damals von Bayern nach Berlin marschiert worden wäre.

Dr. Stresemann vertritt die Zeit mit der der franz. östlichen Revolution bis zum Wiener Kongress. Man stehe mitten im Kampf um neue Weltorientierungen. Um den Staat zu retten, müsse der deutsche Mittelstand in seine Rechte eingekerkert werden. Die deutsche Reichsregierung denke nicht daran, den Ausnahmezustand in besonders gefährdeten Gebieten völlig aufzuheben. Deutschland müsse seine alten Kolonien wieder haben. Dem Abg. Dr. Helfferich erklärte er, daß er auch heute noch an der Behauptung festhalte, die er als Reichstagsabgeordneter getan hätte, nämlich, daß die Welt wieder gut machen müsse an Deutschland, was sie ihm angetan habe. Der heutigen moralischen Isolierung Frankreichs werde möglicherweise eine völlige Umgestaltung der Weltpolitik in der Frage des Verfallens Vertrages bald folgen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. Februar.

In der heutigen Sitzung wird die Aussprache über die Erwerbslosenfrage, Besteuerung des Hausbesitzes, Behebung der Wohnungsnot, Aufhebung der Wohnungsbaubauabgabe sowie Förderung der privaten Bautätigkeit fortgesetzt.

Nach nur sehr kurzer Aussprache werden die Anträge des Hauptausschusses angenommen, desgl. der sozialdemokratische Antrag betr. die Durchforschungsarbeiten und der Antrag der Deutschnationalen wegen Behebung der Wohnungsnot. Der Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung des Reichsmietengesetzes wird abgelehnt.

Die Beratung der Anträge und Anfragen über die Aenderung der Gerichtsverfassung, der Strafrechtspflege usw. wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, da der Reichstag sich in der nächsten Woche mit der gleichen Materie befassen werde.

Bei einer späteren Abstimmung stellte sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus, die Beratung mußte abgebrochen werden. Nächste Sitzung Dienstag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr.

Deutsches Reich

Hindenburg und der Ludendorff-Prozess. An den Generalfeldmarschall von Hindenburg sind in der letzten Zeit vielfach Aufforderungen ergangen, er möge verhindern, daß der Prozess gegen Ludendorff stattfindet. Der Marschall wendet sich nun diesbezüglich mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit, in dem es heißt:

„Jeder vaterlandsliebende Deutsche wird mit tiefem Schmerz dem Prozess entgegensehen, und daher sind mir die an mich gerichteten Wünsche nur zu begrifflich. Aber bei ruhiger Ueberlegung muß man sich sagen, daß in einem Staatswesen ein Eingriff in die Rechtspflege eine Unmöglichkeit ist. Auch glaube ich nicht, daß mein Gehilfe in großer und schwerer Zeit bei seinem geraden Charakter den Gedanken gut heißen würde, ihm eine Ausnahmestellung erwirken zu wollen. Halten wir uns daher in diesen trüben Tagen an den festen Glauben, daß eine rein sachliche gerichtliche Klärung zeigen wird, daß alle Handlungen meines lieben Kameraden und Gehilfen lediglich auf glühende und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind, eine Annahme, die ich in dem Bestreben, beiden Teilen gerecht zu werden, auch seinen augenblicklichen Gegnern nicht vorenthalten will.“

Gegen die Einwanderung der Ostjuden wendet sich folgender Urautrag der Deutschnationalen im preussischen Landtag:

1. Die Ostjuden sind sofort gegen jede weitere jüdische Zuwanderung zu schließen. Die Verleihung des Staatsbürgerrechts an Juden darf nicht mehr stattzufinden.
2. Sämtliche seit dem 1. 8. 1914 eingewanderten Ostjuden haben sich bis zum 15. April 1924 zum Zweck einer Bestandsaufnahme bei den Polizeibehörden zu melden. Wer sich bis zu diesem Termin nicht freiwillig gemeldet hat, wird mit sofortiger Ausweisung unter Einbehaltung seines Vermögens bestraft.
3. Sämtliche seit dem 1. 8. 1914 zugewanderten Ostjuden haben bis zum 1. 7. 1924 das preussische Staatsgebiet zu verlassen.
4. Diejenigen Ostjuden, welche bis zu dem gesetzten Termin das preussische Staatsgebiet nicht verlassen haben, sind in Flüchtlingslagern unterzubringen und zur Verdienung ihres Lebensunterhalts mit Landarbeit zu beschäftigen.
5. Die freiverdenden Wohnungen sind in erster Linie den vertriebenen Deutschen aus den verlorenen und den besetzten Gebieten zuzuwenden, insbesondere den Ostmärkern, die seit Jahren in Flüchtlingslagern leben mußten.
6. Die Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß, soweit zur Durchführung der vorstehenden Maßnahmen rechtsgesetzliche Vorschriften erforderlich sind, diese mit tunlichster Beschleunigung erlassen werden.

Zu den Reichstagswahlen. Im Reichsrat gab Innenminister Jaros folgende Erklärung ab: „Wann die Wahlen stattfinden werden, läßt sich durchaus nicht übersehen. Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die Vorbereitung zu den Wahlen so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß die Länder und Kommunalverwaltungen nicht in Verlegenheit kommen. Darum haben wir, um allen Eventualitäten vorzubeugen, die Landesregierungen ersucht, die Kommunalverwaltungen aufzufordern, die Wählerlisten so schnell aufzustellen, daß sie spätestens am 23. März auslegungsfähig sind. Ich habe es für richtig gehalten, auch dem Reichsrat davon Kenntnis zu geben, und ich bitte nur, keine vorletzten Schlüsse daraus zu ziehen. Es steht durchaus nicht fest, daß die Wahlen vorzeitig stattfinden, wir haben nur rechtzeitig Vorbereitungen treffen wollen, damit niemand in Verlegenheit kommt.“

Die Schulfrage als Wahlparole. Der evangelische Reichs-Elternbund, welcher in 17 Landesverbänden und 1445 Ortsgruppen über 2 Millionen Wahlberechtigte umfaßt, hat an seine Untergruppen die Weisung ergangen lassen, bei den kommenden Reichstagswahlen die Schulfrage zur Wahlparole zu machen. Eine Bindung auf bestimmte Parteien ist nicht erwünscht, doch soll nur den Kandidaten die Stimme gegeben werden, die sich für die Wahrung der christlichen Schulbelange einsetzen. Ferner hat der Reichs-Elternbund an die Reichstagsparteien ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, bei der Aufstellung der Kandidaten auf die kulturellen Interessen die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Eine verächtliche Klage des Reichspräsidenten. Der völkische Schriftsteller Gansser, der gegen den Reichspräsidenten wegen angeblicher Beugung des Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1918 den Vorwurf des Landesverrats erhoben, gegen den Reichspräsident aber den Strafantrag zurückgezogen hatte, hat jetzt in einem offenen Brief den Vorwurf wiederholt.

Darauf hat der Reichspräsident bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegen Gansser Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung gestellt.

Münster i. W. In Westfalen hat sich eine neue politische Partei unter dem Titel „Sozialistische Vaterlandspartei“ gebildet. Sie will ein ganz neues Gebilde auf völkischer, nationaler und sozialer Grundlage sein.

Neues deutsches Silbergeld.

Der wiedererfindene Taler.

Wie aus unterrichteten Berliner Kreisen gemeldet wird, sind die seit einiger Zeit zwischen Reichsbank und Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen nunmehr so weit gediehen, daß man mit der Ausgabe von Silbergeld in absehbarer Zeit rechnen kann. Das Geld wird nicht von der Reichsbank, sondern von der Reichsbank ausgegeben werden, und zwar soweit bisher veräußert, in drei Werksufen, zu einer, drei und fünf Mark. Die auszugebenden Mengen stehen noch nicht fest, ebensowenig wie das Neuzure der Münzen.

Zusätzliche Kaufkraft wird aber dadurch nicht geschaffen, da die Reichsbank in dem gleichen Umfang, wie die Ausgabe von Silbergeld erfolgt, Papiergeldnoten aufrufen und aus dem Verkehr ziehen wird. Es handelt sich also insgesamt nur darum, einem Teil des jetzt noch im Umlauf befindlichen Papiergeldes durch Silbergeld abzulösen, daß, wie man weiß, vor allem den Vorteil einer geringeren Abnutzung hat.

Es ist nach den bisherigen Erfahrungen bei der Ausgabe aller Arten von Hartgeld leider zu befürchten, daß auch das Silbergeld in der ersten Zeit wieder vom Publikum gehamstert wird. Die Reichsbank wird dieser Hamsterei dadurch entgegenzutreten, daß sie Silbergeld in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt. Genau wie früher läßt sich deshalb schon jetzt voraussagen, daß bei anhaltender Stabilität der Mark die gewaltigsten Vorräte von allein wieder in den Verkehr kommen werden. Die Münzen sollen nach der Errichtung der Goldnotenbank zur Ausgabe gelangen.

Eine nationale Willensäußerung

aus den Kreisen Bütow und Rummelsburg.

Nachstehendes Schreiben ist, wie uns mitgeteilt wird, mit vielen Unterschriften, namentlich aus Arbeiter- und Beamtenkreisen an den Reichspräsidenten abgehandelt worden.

An den Herrn Reichspräsidenten in Berlin.

Im Namen von Tausenden nationalen und völkischen Männern aller Bevölkerungsschichten der Kreise Bütow und Rummelsburg sehen wir uns auf Grund und Recht der freiesten Verfassung verpflichtet, die schweren Sorgen um das Wohl und die Zukunft unseres Vaterlandes vor Ihnen, Herr Reichspräsident, als dem derzeitigen höchsten Beamten der Republik Deutschland, zum Ausdruck zu bringen.

Herr Reichspräsident! Der größte Teil des deutschen Volkes hat nunmehr erkannt, wohin die Fahrt unseres Staatsschiffes geht. Wir sollen gleich Oesterreich „sanitert“, d. h. durch internationales Kapital verflast werden.

Herr Reichspräsident! Das deutsche Volk ist erwacht und wird sich gegen diese Entnationalisierung mit allen Mitteln wehren.

Herr Reichspräsident! Die innere Politik bringt uns bei jeglicher Richtung um Heim und Hof. — die äußere gibt uns der Verachtung der Welt preis.

Herr Reichspräsident! Das deutsche Volk hat ein Recht zu fordern, daß es von Männern regiert wird. Die heute an der Spitze des Staates stehenden Männer sind nicht vom deutschen Volk zum Regieren erkoren. Sie genießen auch, wie insbesondere die Herren Stresemann, Covering, Schacht, nicht das Vertrauen der nationalen Bevölkerung. Sie erscheinen auch nicht geeignet, Deutschland vor der drohenden Verflastung zu retten.

Herr Reichspräsident! Die völkische Erregung und Bewegung können Sie nicht aufhalten! Sie selbst, obgleich zur Partei der Internationalen Ideale gehörend, sangen einst unser Vaterlandslied „Deutschland, Deutschland über alles“ und fanden schon oftmals bei Ausübung Ihrer öffentlichen Betätigung vaterländische Worte. Herr Reichspräsident! Wir warten seit 5 Jahren vergebens darauf, daß diese Worte in Einklang gebracht werden mit den Taten der gegenwärtigen Regierung in Deutschland.

Herr Reichspräsident! Von Ihnen, der Sie sich an die Spitze der Regierung gestellt haben, wird das deutsche Volk Rechenschaft fordern, wenn die letzten Hilfsmittel vertan sind und die Verzweiflung zur Selbsthilfe treibt.

Herr Reichspräsident! Wir werden uns weder durch Leidenschaft, noch Herausforderungen vom Wege des Rechtes und Gesetzes bringen lassen. Wir werden aber mit allen nationalen fühlenden Männern darauf hinarbeiten, daß deutsches Recht und der Wille des deutschen Volkes in Deutschland zur Geltung gelangen.

Herr Reichspräsident! Unterschätzen Sie diesen Volkswillen nicht!

Stadt Kreis Provinz.

Neubauten und Zwangswirtschaft.

Da noch vielfach Zweifel darüber bestehen, ob und inwiefern Neubauten von der Zwangswirtschaft im Mietwesen frei sind, wird nachstehend eine Zusammenstellung über den geltenden Rechtszustand veröffentlicht:

1. Bezüglich der Höhe der Mieten sind Neubauten oder durch Um- und Einbauten neuerschaffene Räume, wenn sie nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder künftig bezugsfertig werden, von den Einschränkungen, die nach dem Reichsmietengesetz für alle übrigen Räume gelten, frei (Paragr. 16 dieses Gesetzes).

2. Bezüglich der Kündigung und Räumung derselben Räume gelten die Vorschriften des Mieterchutzgesetzes nicht (Paragr. 33 dieses Gesetzes). Solche Räume können also wie vor dem Kriege gekündigt werden; es kann nach geübener Kündigung wie vor dem Kriege Räumung ohne Rücksicht auf Vereinstellung von Etschräumen verlangt werden und nötigenfalls gerichtlich erstritten werden und durch Zwangsvollstreckung durchgeführt werden. Eine Ausnahme ist nur möglich, soweit der Neu-, Um- oder Einbau mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln durchgeführt worden ist. Für solche Fälle kann die oberste Landesbehörde anordnen, daß die Vorschriften des Mieterchutzgesetzes gelten. Für Preußen ist dies bisher nicht geschehen.

3. Bezüglich Auswahl der Mieter, Größe der Wohnungen usw. sind Eingriffe des Wohnungsamtes (Beschlagnahmungen) bei Neu-, Ein- und Umbauten der in Ziffer 1 bezeichneten Art überhaupt nicht zulässig (Paragr. 12 des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. 7. 1923), gleichgültig, ob Zuschläge gegeben worden sind oder nicht. Ausnahmen können für Stolz nicht in Frage, vielmehr nur für die vom Krieg betroffenen Gebiete und für Oppau.

Vom pommerischen Arbeitsmarkt.

Die Besserung der allgemeinen Lage des pommerischen Arbeitsmarktes machte weitere Fortschritte. Insbesondere lebte sich der gewerbliche Arbeitsmarkt. Die Folge davon war trotz der ungünstigen Witterung, die alle Draußenarbeiten immer noch stark behindert, ein weiteres Sinken der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um rund 1500. Die Ruhe auf dem Baumarkt kommt dem Abfab der Ziegeleien. Ein kürzerer Regenerzeit Hinterpommerens mußte für 100 Mann Kurzarbeit einwirken. Das Bauvergabe hatte erheblich unter dem Frostwetter zu leiden. Trotzdem war die Vermittlung (für Innenarbeiten) etwas reger als in der Vorwoche. Stettin berichtet leichtes Steigen des Angebots. In der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate gewinnt die Belegung an Umfang. Besserungen wurden besonders berichtet aus Barth, dem Kreise Randow, aus Swinemünde und Torgelow. Auch in Stolz ist die Zahl der arbeitssuchenden Metalller leicht gefallen. In Wolgast dagegen mußte eine Eisengießerei Kurzarbeit einführen und Formen aussetzen lassen. In Stettin selbst blieb die Lage ziemlich unverändert. In der Möbelindustrie bessert sich die Lage merklich, auch für das kleine Handwerk. Ähnlich liegt der Arbeitsmarkt für das Holzgewerbe überhaupt. Die Provinz, mit Ausnahme Stettins, berichtet fast durchweg von anhaltender Besserung des Arbeitsmarktes dieses Gewerbes. In Stettin jedoch blieb die Nachfrage noch schleppend. Für das Bekleidungs-gewerbe konnte wiederum anhaltende Besserung festgestellt werden. Vereinzelt beginnen bereits tüchtigere Hilfskräfte zu mangeln.

Es wird wieder mal kälter. In den nächsten Tagen ist bei zeitweiser Heiterkeit, aber wechselnd bewölkt Himmel wieder mit kälterem Wetter zu rechnen, und besonders nachts dürften die Temperaturen von neuem beträchtlich sinken.

Eine Einbrecherbande von 6 Personen wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Es handelt sich um Burschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, deren Spezialität Löbungs- und Kellererbrüche waren. Man konnte ihnen bis jetzt fünf solcher Einbrüche nachweisen, doch kommen auf ihr Konto wahrscheinlich noch eine ganze Reihe anderer. Sie stahlen u. a. aus einem verschlossenen und gewaltsam erbrochenen Keller mehrere hundert Stück Äpfelkisten, Kessel, Weintrauben, aus einem anderen, zweimal verschlossenen und erbrochenen Keller Sekt, Wein, Spirituosen und Fett, aus einem verschlossenen Laden, dessen Schaufenster sie zertrümmerten, Lebensmittel, Zette, Tabak und Zigarren. Versucht wurde ein weiterer Kellerdiebstahl und ein Ladenerbruch. Ferner dürften die Einbrecher auch die Laden- bzw. Schaufenstererbrüche auf der Töpferstraße und in der Mittelstraße verübt haben. Sie wurden verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt.

Ein Sittlichkeitsverbrechen wollte Freitagabend ein etwa 25jähriger Mensch auf der Stolzländer Chaussee in der Nähe der Westphalischer Mergelgrube an einer die Straße begleitenden Frau von außerhalb verüben. Trotz verzweifelter Gegenwehr wurde die Frau zu Boden gerissen, doch wurde ihr zur rechten Zeit Hilfe durch einen anderen Mann, sobald der Wüßling von seinem Opfer ablassen und flüchten mußte. Er ist in der Dunkelheit entkommen, doch hat er offenbar Kratzwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen, da die Kleidung der Ueberfallenen blutspuren aufwies.

Die Eisenbahntarifserhöhung. In den nächsten Tagen wird das Reichskabinett zusammentreten, um über die neuen, zum 1. März einzuführenden Personentarife auf der Eisenbahn zu beraten. Es ist beabsichtigt, die dritte und vierte Klasse zu steigern, die zweite unverändert zu lassen und die erste herabzusetzen. Die Normalsätze sollen in der vierten Klasse von 2,2 auf 3 Pfg., in der dritten Klasse von 3,3 auf 4,5 Pfg. pro Kilometer erhöht werden; der Satz von 6,6 Pfg. in der zweiten Klasse bleibt unverändert und der Normaltarif von 13,2 in der ersten Klasse soll auf 9,6 ermäßigt werden.

Wichtig für Kriegsbesoldigte und Kriegshinterbliebene. Die Zahlung der Heeresrenten für März 1924 findet am 27. Februar in der Postkammer des Postamts in der Zeit von 7.30—12 Uhr vorm. und 2.30—6 Uhr nachmittags statt.

Abrecht-Konzert. Als die nunmehr als eine der ersten Wiederbegründerinnen gefeierte Elli Sendeler vor mehreren Jahren zum ersten Male in Stolz auftrat, wurde sie an der Seite ihres damaligen Partners, des bekannten Hauskapellmeisters Saal mit einem Beifall überschüttet, wie er bei uns in Norddeutschland nicht oft zu verzeichnen ist. Immer wieder mußte die anmutige Künstlerin auf dem Podium erscheinen und Zugabe auf Zugabe spenden. Klein Wunder also, wenn auch diesmal der Andrang zu ihrem am nächsten Mittwoch stattfindenden Abend ein überaus großer zu werden verspricht, zumal ein Programm mit den edelsten Blüten unserer deutschen Musikliteratur geboten wird. Unsere beliebtesten Lieberkomponisten Schubert, Schumann, Brahms, Hugo Wolf, Rich. Strauss und andere sind vertreten und Arthur Verleberg, der mitwirkende Pianist, auch kein Unbekannter in Stolz, spendet dazu einige Klavierstücke von Brahms und Chopin. Wer seine Einladungskarten also noch nicht bestellt hat, möge es bald tun.

Rufschütz. Zu seinem Eigentum gekommen ist der Diener, dem ein angeblicher Rheinländer Altmann Kleidungsstücke usw. entwendet hatte. Altmann wurde festgenommen. In seinem Besitze befand sich noch das geraubte Gut, sodas es seinem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugestellt werden konnte.

Lauenburg. Jungsturmgründung. — Sonntag, den 24. d. Mts., wurde hier, dem Wunsche der vaterländischen männlichen Jugend folgend, durch den Führer im Jungsturm Wendt-Stolz die Jungsturmabteilung 220 gegründet.

Lauenburg. Reichspräsident Ebert hat aus seiner Privatschatulle dem Veteranen Heinrich Brune anlässlich seines 75. Geburtstages 25 Goldmark mit einem Glückwunschschreiben zugesandt. Dem alten Kriegsveteranen stehen noch weitere Ehrungen bevor.

Rügenwalde. Wie vor einigen Tagen berichtet wurde, hatte der Ostwind die Eisdecke der See langsam in Bewegung gesetzt. Der inzwischen umgeschlagene Wind hat die gesamte Küste von neuem blockiert. Unser Hafen ist seit einiger Zeit durch das Eis vollständig gesperrt. Die Eisbrecherarbeiten des Schleppers „Grille“ auf der Wipper sind als aussichtslos

läufig aufgegeben. Die Eisberge in der Stolzsmünder Bucht hindern die Schifffahrt gänzlich. Der den Dienst zwischen Swinemünde und Pillau verkehrende Dampfer „Hertha“ mußte in der Gegend von Zerschöft wieder umkehren. Drei andere von Stettin nach Vilsau bestimmte Dampfer mußten Stolberg als Nothafen anlaufen. Das Linienschiff „Braun- schweig“ hat sein Hilfsnetz für die festgekommenen Schiffe herabgelassen.

Witow. Die großen Schneeverwehungen, die wir während der letzten beiden Tage zu verzeichnen hatten, haben hauptsächlich bei unserer Eisenbahn zu großen Störungen geführt, so mußten, um den Lauenburger Frühzug frei zu bekommen, nicht weniger als 6 Lokomotiven, 3 Schneepflüge und 1 Gerätewagen in Bewegung gesetzt werden. Die Strecke Witow-Lauenburg war dann auch den ganzen geistigen Tag gesperrt. Auf der Rummelsburger Strecke ereignete sich am Vormittag infolge eines Unglücksfalls, als infolge der hohen Schneemassen der Vormittagszug durch Entgleisen der Lokomotive gefährdet wurde; die Schienen lösten sich, bohrten sich in die Maschine und leicht konnte das Maschinenpersonal schwer verunglückt sein. Die Zollbrüder Strecke war ziemlich frei, und trafen die Züge mit weniger Verspätung ein.

Köslin. Die Straßenbahn wird spätestens Mitte April den Betrieb wieder aufnehmen. Zeit Ende 1922 war sie außer Betrieb.

Stolberg. Im Stilleeis festgekommen. — Auf der Höhe von Stolberg, etwa 3 Seemeilen vom Lande, ist der nach Danzig bestimmte, etwa 1500 Tonnen große Dampfer „Dido“ aus Amsterdamm im Eise festgekommen. Der vor Anker gegangene Dampfer signalisierte: Starkes Eis. Brauche Hilfe. Von Stolberg aus sind die Swinemünder Marinestation und der Eisbrecher „Preußen“ beauftragt worden. Weiter nordwärts treiben noch drei große Dampfer im Eis, das neuerdings wieder infolge des nördlichen Windes die ganze Küste blockiert.

Neuzin, Kr. Greifswald. Die älteste Frau Pommerns lebt hier in völliger Gesundheit und geistiger Frische. Sie wird am 4. Mai 105 Jahre.

Waren (Wiedenburg-Schwerin). Ein Mord ist auf dem Gute Neu-Schöden an der 68jährigen Schnittlerin Kalschna verübt worden. Durch Herzschuß getötet fand man sie morgens in ihrem Bette auf. Der Verdacht richtet sich gegen den Schwiegerohn der Ermordeten, den Vorkämmerer Kaschmirtschak und dessen Ehefrau.

Sehste Meldungen

Regierung und Reichstagsauflösung.
Berlin, 24. Februar. Gestern hat der Vertreter der Reichsregierung den Berliner ausländischen Zeitungskorrespondenten einen Überblick über die innerpolitische Lage gegeben. Dabei wurde ausgeführt: Die Regierung wünscht deshalb die Vermeidung eines Konfliktes, weil sie keine Möglichkeit sehe, mit dem jetzigen Reichstag eine neue Regierung zu schaffen. Sollte sich in den Besprechungen mit den Parteien eine Einigung nicht erzielen lassen, so sei die Regierung entschlossen, den Reichstag aufzulösen. Auch der Reichspräsident habe dieser Maßnahme zugestimmt.

Präferre Lage der Reichsregierung.
Berlin, 23. Februar. Der Reichspräsident, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, machte heute vor den ausländischen Pressevertretern eingehende Mitteilungen über die Auffassung der Regierung in bezug auf die durch das Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Regierung Mary, die nach vieler Mühe aus dem jetzigen Reichstag geboren wurde, hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Reihe von Verordnungen zum Schutze der Währung und der Bilanzierung des Reichshaushaltes erlassen. Der Erfolg spricht für die Regierung. Es ist gelungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Trotzdem ist die Regierung noch in einer präferen Lage. Sie ist sich bewußt, daß nicht alles hieb- und stichfest ist, was auf dem Verordnungsweg erlassen wurde. Die Regierung scheut keine Kritik, sie ist sich jedoch auch nicht in der Lage, das Gebäude, das sie aufgerichtet hat, als Zantappel unten den Parteien während der Wahlen ausnutzen zu lassen. Auf verschiedene Fragen antwortete Dr. Spiecker, daß die Regierung die sozialpolitischen

Verordnungen des Reichsarbeitsministeriums und die Verordnungen in bezug auf die Justizreform als lebenswichtig betrachte. Der militärische Ausnahmezustand würde am 1. März wahrscheinlich in einen zivilen umgewandelt werden. Es sei jedoch immerhin möglich, daß in einigen Ländern der militärische Ausnahmezustand bestehen bleibe, so z. B. in Bayern und auch in Sachsen, aus denen wiederum bedenkliche Nachrichten gekommen seien.

Ein Beitrag zum Fall Herrmann.

Weimar, 24. Februar. Es ist der hiesigen Polizei gelungen, ein großes Waffenlager auszuheben. Es handelt sich um Infanteriegewehre Modell 98, leichte Maschinengewehre und Handararatien, die der verflochtene Minister Herrmann zur Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften angekauft hatte, und zwar aus Mitteln, die das Reich für die Schutzpolizei zur Verfügung gestellt hatte.

Kosbach in Salzburg.

München, 24. Februar. Nach einer Wiener Meldung hat Oberleutnant Kosbach die Aufenthaltserlaubnis für das Land Salzburg erhalten gegen die Verpflichtung, keine gegen den Bestand der Republik Oesterreich gerichtete Tätigkeit auszuüben.

Memel unter Litauens Oberherrschaft.

Warschau, 23. Februar. Der Kommissar des Völkerbundes, Normann Davies, erklärte in Warschau den Vertretern der Presse, daß das Memeler Gebiet ein autonomes Gebiet unter der Souveränität Litauens werden solle. Gleichzeitig sollen die wirtschaftlichen Interessen aller an dem Memeler Hafen interessierten Länder unter Herstellung völlig freier Schifffahrt auf dem Njemen gewahrt werden.

Verhaftungen im Berliner Mühlenkreis.

Berlin, 24. Februar. Auf Anordnung des Wehrkreis-Kommandos wurden die Betriebsräte der bestreikten Mühlenbetriebe gestern früh um 6 Uhr aus ihren Wohnungen heraus verhaftet. Die Mühlen gelten bekanntlich als lebenswichtige Betriebe, in denen nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes nicht gestreikt werden darf.

Frau v. Oheim verzieht auf Wiederwahl.

Magdeburg, 24. Februar. Frau von Oheim hat sich, wie die Magdeburgische Zeitung erfährt, entschlossen, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht wieder zu kandidieren. Die Gründe dafür sind teils sachlicher, teils persönlicher Natur. Frau von Oheim wurde im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt gewählt und ist eine der bekanntesten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)
Goldmark = 1 Billion.

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Cerealien per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen März 163-169, Penn. — Roggen März 133-138, Pomm. 128-130 mehl. — Weizen — Braugerste 160-176, Futtergerste 140-153, Hafer März 108-114, Pomm. 104-110.

Weizenmehl 25,25-27,00, Roggenmehl 21,75-23,75, Weizenkleie 8,50, Roggenkleie 7, —, Raps 290-295, Leinfaat 415-435, Viktoriaerbsen 27-28, Kleine Speiseerbsen 17,00-19,00 Futtererbsen 13-14, Beluschten 12-13, Ackerbohnen 13,50-14,50 Wicken 13-14, Lupinen blaue 14-14,50, gelbe 15-16,50 Geradelta 13-14, Rapskuchen 10,60 bis 10,80, Leinluchen 21-22, Trockenschneizeln 8, Vollerwertige Zuderschneizeln 16-22 Kartoffelflocken 16,40, Dorsmelasse Mischung 30-70 8.

Getreidenotierung an der Stettiner Produktenbörse am 23. Februar. Roggen, incl. 131, unverändert; Weizen, incl. 163, wenig verändert; Hafer 108, wenig verändert; Braugerste je nach Qualität 160-170, wenig verändert. — Viktoriaerbsen 13-15 per Zentner, Ackerbohnen 9-11, Rapskuchen, hiesiger, 6,75, do., fremder 6,25, Roggenkleie incl. Sack 4, Weizenkleie incl. Sack 4,60-4,75.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 23. Februar 1924. I. Qualität 1,80 Goldmark. Tendenz: fest.

Kleinhandelspreise der pommerschen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerschen Milchwirtschaftlichen Landesverband in Stettin, für Vollmilch 18-21 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,98-2,10 Goldmark je Pfund, für zugelaufte Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Berliner Schlachtwiehmatt.

Bericht vom 23. Februar 1924.

Amtlicher Bericht.

Austrieb: Rinder 1582 Stück, darunter 493 Bullen, 442 Ochsen, 649 Kühe und Färken; Kälber 1300 Stück; Schafe 3250 Stück, Schweine 5864 Stück; Ziegen 15 Stück; — Ferkel: 1367 Schweine aus dem Memelgebiet.

	Preise in Goldmark für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtw. ungej. 12. Weibem.	42-45
b) dito. dito. im Alter von 4-7 Jahren	36-39
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	32-35
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	26-30
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts	37-40
b) vollfleischige jüngere	33-35
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	28-32
C. Färken und Stübe:	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färken höchsten Schlachtwerts	36-42
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	36-42
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färken	30-34
d) mäßig genährte Kühe u. Färken	25-28
e) gering genährte Kühe u. Färken	20-22
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	28-33
II. Kälber:	
a) Doppellender feinsten Mast	60-85
b) feinste Mastkälber	60-70
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	45-55
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	35-40
e) geringe Saugkälber	35-40
III. Schafe:	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	45-46
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	35-42
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	29-30
B. Weidenschafe:	
a) Mastlamm	—
b) geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine, 240-300 Pfd. Lebendgewicht	68
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht	66-68
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht	62-65
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht	57-60
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	52-55
g) Saugen	60-65
Ziegen	20-25

Marktverlauf: Bei Rindern, Schafen und Schweinen ruhig.

Das Schwert von Thule.

Roman von Leontine von Wintersfeld-Platen.
7 Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

Da knirschte der Kahn am Uferland, und die beiden Zurückgebliebenen stiegen eilends herein. In Elisabeths blassem Gesicht waren Tränen Spuren zu sehen. Das schritt Heilwig ins Herz. War denn die Liebe ihrer Waise wirklich so traurig und hoffnungslos? Den ganzen Heimweg mußte sie darüber jammern. Und schüßend wie eine Mutter legte sie den Arm um die Freundin, die sich wie Hilfe suchend an sie schmiegte. So faßen sie Hand in Hand die ganze Heimfahrt. Aus dem Wissen zur Seite des Flusses tönte das leise Zirpen der Grillen, die des Sommers Abschied bejagten. Weit hatte seine Fiedel hervorgerollt und geigte eine stille Weise in den dämmernden Abend. Fridolin Lämmerzahn's Augen wurden immer kleiner, bis sein Haupt vornüber sank und er einschlief.

Es war der Demminer Vetter mehrere Tage bei den Hasselbachs in Koslod zu Besuch. Und die Ratscherrin, die wünschte, daß Heilwig frischer und fröhlicher aussehe, als es sonst ihre Art war, ließ dem Mädchen diese Zeit über mehr Freiheit in Feld und Garten.

Es war so um die Mitte September. Fridolin Lämmerzahn war wieder abgereist, und das alte Leben ging seinem gewohnten, schleichenden Gang im Hasselbach-Hause. Da geschah es, eines Vormittags, als Heilwig lustig mit einem Stoße frischer Wäsche die Treppe heraufkam, daß Frau Katrine den Kopf aus der Wohnstübentüre steckte und mit gedämpfter Stimme den Namen des Mädchens rief.

„Komm einmal zu uns ins Wohnzimmer, Heilwig. Der Oheim und ich haben Wichtiges mit dir zu besprechen.“ Darüber wunderte sich Heilwig und trat fast zögernd über die Schwelle, ihre Wäsche immer noch fest im Arm.

Frau Katrine setzte sich nieder auf ihren gewohnten Zerstehelack an das Spinnrad, indes der Ratscherr sich fast verlegen in seinem großen Lehnstuhl hin und her schob und ungeduldig mit allen seinen Fingern durch den schwarzen Vollbart fuhr. Heilwig legte die Wäsche auf den Tisch und sah wartend von einem zum andern. Da räusperte sich der Ratscherr und legte dann beide Arme fest wie in festem Entschluß auf die Seitenlehre seines Stuhles.

„Also, mein Kind, wir hätten heute ein ernstes Wort mit dir zu reden. Du brauchst nicht erschrocken drein zu sehen. Denn eigentlich ist es ja etwas sehr Erfreuliches und eine Jungfrau allemal Hochschredendes, wenn ein ehrbarer Mann in allen Züchten um sie wirbt.“

Er machte eine kleine Pause, wie um die Wirkung seiner Worte zu beobachten.

Über Heilwig machte nur ein erstauntes Gesicht und sah mit großen Augen fragend vom Oheim zur Waise und dann wieder von der Waise zum Oheim.

Da räusperte sich der Ratscherr zum zweiten Male und fuhr erhobeneren Tones fort: „Es hat nämlich der sehr ehrenwerte Fridolin Lämmerzahn gestern bei uns um deine Hand angehalten, dieweil er dich, Heilwig, zu seiner Ehefrau begehrt.“

Beide Hasselbachs sahen nun gespannt auf und erwarteten bei Heilwig ein jungfräuliches Erröten und verschämtes Neigen ihres blonden Kopfes.

Über Heilwig stand unbeweglich. Nur ihre Augen waren immer größer und erstaunter geworden. Dann begann es plötzlich um ihre Mundwinkel zu zucken. Und jetzt brach sie in ein so helles, schallendes Lachen aus, wie man es noch nie bei ihr gehört hatte. Beide Hände schlug sie zusammen und lachte immer noch.

„O Oheim! O Frau Waise! Das ist doch wohl nimmer möglich! Das muß ganz gewiß ein Irrtum sein!“ Die beiden Alten sahen sich stirnrunzelnd an und schüttelten die Köpfe.

„Aber Heilwig, bist du von Sinnen? Bei so ernster Angelegenheit lachst man doch nimmer so toll.“ sagte verweisend der Ratscherr.

Frau Katrines Angesicht aber war vor Zorn so hochrot geworden, daß sie kein Wort in diesem Augenblick hervorbringen konnte.

Heilwig war einen Schritt näher gekommen und stützte beide Hände fest auf den Tisch. Sie hatte sich ein wenig vorgebeugt, und ihre Augen flammten. Ganz ernst war sie jetzt geworden, als sie sprach.

„Nein, Oheim, ich habe, weiß Gott, seither auch nimmer gedacht, so etwas sei eine ernste Angelegenheit. Und da kommt einer daher und betreibt es wie ein narrenisches Spiel. Nur wenige Tage erst bin ich zusammen gewesen mit diesem Fr-

dolin Lämmerzahn. Geredet haben wir wenig und nur ganz nebenfälliges Zeug miteinander. Und nun kommt er und begehrt mich zum Weibe?“

Sie schüttelte den Kopf und sah ratlos vor sich hin. „Das versteh ich nimmer, Oheim. Soll das etwa die Liebe sein? Die habe ich mir anders gedacht. Nicht so, o nein, nicht so!“

Jetzt hatte die Ratscherrin ihre Sprache wiedergefunden. „Also nicht so hat sich die Jungfer die Liebe gedacht? Wie denn möchte ich wohl fragen? Wohl heimlich hinter unserm Rücken, mit Tuscheln und Küssen, wie? Dies geht ihr wohl zu anständig und ehrbar zu in unserm Hause, he? Und diese große Ehre, daß ein so vermöglicher, biederer Mann, wie mein Neffe, um sie wirbt, das weiß sie überhaupt nicht zu würdigen? Lachen tut sie darüber? Und ich sage dir, Heilwig, du sollst noch weinen, bitterlich weinen über deinen sinnlosen Hochmut!“

Und Frau Katrine schüttelte ihre beiden Fäuste zornbehend in der Luft.

Der Ratscherr hob begütigend die Hand. „Nun, nun, Katrine, nicht immer gleich so hitzig werden. Heilwig ist jung und unerfahren und hat sich die Sache nicht so überlegt. Es kam ihr wohl alles zu plötzlich. Nur mag sie erst einmal in Ruhe darüber nachdenken und alle Für und Wider überlegen. Kommt Zeit, kommt Rat. Du wirst dich schon noch eines Besseren besinnen, mein Kind. Des bin ich sicher. In einigen Tagen reden wir wieder über diese Angelegenheit. Und nun gehabt Euch wohl, ich muß ins Rathaus.“

Er stand auf und ging schweren, wichtigen Schrittes zur Tür hinaus. Denn er liebte keine Familienszenen und ging ihnen gerne aus dem Wege.

Schweigend bückte sich Heilwig und nahm ihre Wäsche wieder auf den Arm. Schweigend ging sie hinter dem Oheim her aus der Tür. Es war ein dumpfes Summen in ihrem Kopf und ein großes fortwährendes Bewundern.

Es war ihr erst vor allem darum zu tun, mit Elisabeth zu reden. Sie fand sie endlich oben auf dem Boden des pitagieligen Hauses, wo sie Zwiebeln zum Trocknen ausbreitete. Auf eine umgefüllte Kiste setzte sich Heilwig zu der andern und berichtete ihr von dem eben Erlebten.

(Fortsetzung folgt.)

Eisen



E. G. Meyer Inh. P. Kranitzki



Träger

Eisenlager und Kontor:
Hospitalstraße Nr. 5

Fernsprecher 16 u. 91

Stolp i. Pom.

Träger-, Kohlen-, Feldbahnlager mit Anschlußgleis:
Schlawerstraße und Hochstraße-Ecke

Pflugschare
Kultivatortelle
Wagenachsen
Beschlagteile
Hufeisen
Stollen

Streichbretter
Eggenzinken
Wagenfedern
Buchsens
Hufnägel
Griffe

Stabeisen Bandeseisen Schmiedeeisen
Moniereisen
schwarz Eisenblech verzinkt
Stahlbleche Weißbleche Zinkbleche
Werkzeugstahl Griffstahl Federstahl
Pflugstahl — Messerstahl

Nägel Krampen
Drähte schwarz und verzinkt
Stacheldraht
Schrauben Muttern Niete
Ketten Spannschlösser
Schaufeln Spaten Hacken

Säulen

I Träger

L Eisen

Schienen

aller Profile und Längen

Ankereisen — Unterlagsplatten — Baubolzen — eiserne Fenster — Eckschutzschienen — Ausschubröhren

Rohre für Wasser, Gas und Dampf
Bleirohre, gußeiserne Rohre
Fassonstücke — Bohrröhre
Spülkästen, Klosettbecken und Sitze
Badewannen — Badeöfen
Ausgußbecken, Verbindungstücke
Messinghähne und Ventile, Schlammfänge
Schachtabdeckungen
Blei Zinn Zink Kupfer Lagermetalle

Werkzeug und Werkzeug-Maschinen

für Eisen- und Holzbearbeitung

Hämmer — Meißel — Feilen — Bohrer
Zangen — Sägen — Hufmesser
Schleifsteine
Ambosse : Schraubstöcke : Schneidkluppen

Ofentüren Herdtüren Vorsatzplatten
Kochplatten Tafelroste Roststäbe
Kochplattenringe
Essenschieber :: Jalousieklappen
Falzplatten Rauchrohre
Bratöfen eis. Öfen
Kartoffeldämpfer
eis. Küchenherde

Bohrmaschinen, Stauchmaschinen, Reifenbiegemaschinen, Drehbänke, Schmiedeventilatoren, Gebläse, Blasebälge, Schmiedeformen, Feldschmieden, Bandsägen, Kreissägen, Radmaschinen, Fräsmaschinen, Abrichtobel- u. Fügemaschine, Langlochbohrmaschinen u. Nebenbohrapparate

Steinkohlen
Staubkohlen
Schmiedekohlen
Anthrazitkohlen
Holzkohlen
Briketts Koks

Feldbahnen

Gleise Schienen Loren Weichen Drehscheiben
Radsätze Räder Schwellen Rollenlager
Schwammilager Schienennägel Laschenschrauben
Schwellenschrauben Klemmplatten Weißmetall

Kali Kainit
Thomasmehl
Superphosphat
Ammoniak
Chlorkalium
Kalkstickstoff

Kohlen

Düngemittel

Nachtrag 15

zum Ortsstatut betreffend Abfuhr des Hausmülls in der Stadt Stolp i. Pom. vom 26. September 1913

18. März 1915

Auf Grund des § 11 der Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen vom 20. Mai 1853 und des § 4 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird hiermit unter Zustimmung der Stadtorordneten-Versammlung folgender Nachtrag zum Ortsstatut, betreffend Abfuhr des Hausmülls in der Stadt Stolp i. Pom., vom 26. September 1913 erlassen

18. März 1915

Artikel I.

§ 7 erhält folgende Fassung:
Die Gebühr beträgt monatlich bei wöchentlich einmaliger Auswechslung:

- 1. für 1 Gefäß = 1 Goldmark
- 2. " 2 Gefäße = 2 " "
- 3. " 3 " = 3 " usw.

Erfolgt die Auswechslung seltener, als wöchentlich, so wird für jedes abgeholte Gefäß eine Gebühr von 0,50 Goldmark erhoben.

Die Gebühr wird in vollen Monatsbeträgen erhoben, auch wenn sich die Benutzung der Anstalt nur auf einen Teil des Monats erstreckt.

Die Gebühren sind monatlich vorher fällig.

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. März 1924 in Kraft.
Stolp, den 14. Februar 1924.

Der Magistrat.

Dr. Lütje. Scheffler.

Genehmigt durch den Herrn Regierungspräsidenten in Köslin vom 21. Februar 1924 — J. N. 13 —

Städtischer Sprachheilkursus.

Der diesjährige Sprachheilkursus soll demnächst eröffnet werden. Anmeldungen sind am Sonnabend, den 1. März 1924 nachmittags 3 Uhr in der Klosterschule an Herrn Rektor Frenzel zu richten. Die Teilnahme ist für

Schüler städtischer Schulen unentgeltlich. Die Übungsstunden finden nach Schulschluß statt.
Stolp, den 21. Februar 1924.
Der Magistrat.

Instrumentenhandlung
Karl Knuth, Stolp
Langestr. 47
Einzige Werkstatt für Instrumentenbau in Stolp empfiehlt
gute Klangreine und haltbare
Musikinstrumente, Zubehör- und
Ersatzteile, Schallplatten
Einzige Werkstatt für Instrumente auch
Reparaturen schnell, gut und billig.

Achtung!

Größte Schonung der Wäsche da nur

NUR PUR

reine 88prozentige Seife der Sunlight Gesellschaft, A. G. in Mannheim-Rheinau hergestellt wird. Erstklassige Ausführung der Herrenwäsche „auf Neu“, da nur 1a. Reiskörner zur Verwendung gelangt.

Größe Stolper Damnwäscherei

Schulz & Wendt

Inh. Gustav Wendt, Stolp

Fernsprecher 860.

Amtsstraße 8.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-
Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele Fette

1a. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben
J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 792. Gegr. 1862.

Der Marine-Musik-Berein „Harmonie“

Leitung: Musikdirektor **Jentsch, Friedrich** 56
übernimmt die Ausführung sämtlicher Musikaufträge in jeder gewünschten Besetzung unter Ausschaltung aller Eise oder anderer Bevormundungen.
Bestellungen nimmt entgegen

der Geschäftsführer
G. Schol jr., Langestr. 52

Vertreter! abm Radium-
Bicht Nr. 4. Uhr
wie echt Gold, drei Deel Nr. 12
rei Nachnahme.

**Emser
Wasser**
gegen Katarrh, Husten usw.